

**Erscheinungsweise**  
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil.  
Die Seite . . . 15 Goldpfennige  
Familienanzeigen 8 Goldpfennige  
b) im Reklameteil.  
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

**Auf Sammelanzeigen**  
kommen 50% Zuschlag.

**Für Nachschriften** kann keine Gewähr übernommen werden.

**Berichtsstand für beide Teile ist**  
Calw.



**Bezugspreis**  
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.  
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Postgeld

**Schluss der Anzeigenannahme**  
8 Uhr vormittags.

**In Fällen höherer Gewalt**  
besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Stempelpflicht** Nr. 9.

**Verantwortliche Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele.  
Druck und Verlag der  
A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

# Um die Reichspräsidentenschaft.

## Der Beginn des Wahlkampfes.

### Dr. Jarres erste Kandidatenrede.

Berlin, 18. März. In der vollbesetzten Philharmonie fand heute nachmittags 3 Uhr die erste große Kundgebung des Reichsblocks für die Präsidentschaft Jarres statt. Die Vertreter der im Reichsblock zusammengeschlossenen Parteien und Verbände aus dem ganzen Reich waren anwesend. Erz. Loebell stellte Herrn Dr. Jarres der Versammlung vor und erteilte ihm das Wort zu seiner ersten großen Rede, die den Wahlkampf einleitete. Sie wurde immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen. Nach der Rede Dr. Jarres wurde der Frage Erz. Loebells, ob jeder sich für Dr. Jarres einsetzen wolle, durch Handaufheben zugestimmt. Die Veranstaltung fand mit dem Deutschland-Lied ihr Ende.

### Dr. Jarres auf dem Bankett des Reichsblocks.

Berlin, 19. März. Der Reichsblock veranstaltete gestern abend im Hotel Kaiserhof ein Bankett, bei dem Dr. Jarres Gelegenheit hatte, sich mit Vertretern der in- und ausländischen Presse auszusprechen. Nach einer Begrüßung der Anwesenden durch Staatsminister Löblich, nahm Dr. Jarres das Wort. Er führte u. a. aus, daß er darauf Wert lege, noch einmal in diesem Kreis seine persönliche Auffassung über die Bedeutung des Amtes des Reichspräsidenten und die Verantwortlichkeit seiner Kandidatur zu betonen. Das Wesen der Kandidatur und des Amtes sei die Ueberparteilichkeit. Dieser Verpflichtung werde man gerecht, indem man nicht den ausgeprägten Weg der Parteien gehe. Die Aufgabe der Ueberparteilichkeit sei überaus schwer. Sie werde niemand ganz gelingen. Es sei aber sein heiligster Voratz das Amt mit größtmöglichstem Maß von Ueberparteilichkeit zu erfüllen. Er habe nicht nur in französischen und englischen sondern auch in einigen amerikanischen Zeitungen und in Blättern der früheren neutralen Staaten gelesen, daß eine Kandidatur der Parteien und Organisationen die sich im Reichsblock hinter seinem Namen vereinigt hätten ein Zeichen der reaktionären und nationalistischen Stimmung Deutschlands sei. Für solche häßlichen Fremdworte gebe er seinen Namen und seine Person nicht her. Der Grundzug dessen, was er erstrebe sei die Achtung vor der heutigen Verfassung und die Ehrfurcht vor der Vergangenheit. Die Vergangenheit des deutschen Volkes sei nicht nur für Deutschland sondern auch für das Ausland so groß, daß es einen Schlag in das eigene Gesicht bedeuten würde, wollte man diese Vergangenheit verleugnen. Das deutsche Volk habe Unglück gehabt, zum kleinen Teil verschuldet, zum größten Teil unverschuldet. Mit diesem Unglück dürfe aber das deutsche Volk nicht die Würde verlieren. Deutschland, das den Krieg nicht verschuldet habe, brauche ein Symbol das den Stolz auf die Vergangenheit, das Bewußtsein der Gegenwart und die Hoffnung auf seine Zukunft ausdrücke, wenn Deutschland an diesem Punkt festhalte, werde auch das Ausland das deutsche Volk verstehen. Dr. Jarres schloß anschließend an die Worte Treisföglers, das Deutsche habe schon oft der Welt das Erbende und erwerbende Wort gesprochen, daß es nicht nationalistisch sondern Rational sei. Die Worte von Dr. Jarres fanden allgemeinen Beifall.

### Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 18. März. Zu der Wahl des Reichspräsidenten erklärt der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei einen Aufruf, in dem es heißt: Bei der Wahl des Deutschen Reichspräsidenten, zu der das Deutsche Volk berufen ist, steht den Parteilandskandidaturen der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten als einziger nationaler Sammelkandidat gegenüber der Kandidat des Reichsblocks, Dr. Karl Jarres. Hinter ihn stellt sich alles, was nicht auf Parteigeld eingeschworen ist. Die Deutsche Volkspartei steht in diesem Kampf in vorderster Linie, nicht weil es sich um einen der übrigen handelt, Jarres ist nie Parteimann im engeren Sinne gewesen, vielmehr ist gerade er, wie kein anderer, geeignet, auf nationalem Boden zusammenzuführen und zu ein-

gen. Für Jarres kämpfen heißt deshalb der Sache des Vaterlandes im Sinne unserer hohen Ideale dienen. Der Wahlspruch des Reichsblocks ist auch der unsre. Ein Weg, ein Wille. Wählt Jarres!

### Ludendorff Reichspräsidentenwahlkandidat.

#### Die Nationalistische Sonderkandidatur.

Berlin, 18. März. Die Morgenblätter melden aus München: Wie die deutschnationalen Korrespondenten erfährt, hat sich Giller entschlossen, für die Reichspräsidentenwahl eine nationalistische Sonderkandidatur aufzustellen. Diese Kandidatur solle nur die Bedeutung haben, um die Stimmzahl zu prüfen, die der Partei für die endgültige Entscheidung zur Verfügung stehen.

Berlin, 18. März. Die Nationalopposition der Freiheitsbewegung, bestehend aus der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, den völkischen Verbänden und Organisationen hat heute unter Führung Adolf Gillers General Ludendorff als Reichspräsidentenwahlkandidat ausgerufen. General Ludendorff ist heute in Berlin eingetroffen.

### Aufhebung aller die Wahlfreiheit einschränkender Bestimmungen.

Berlin, 18. März. Die Sozialdemokraten haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, bei den Ländern dahin zu wirken, daß alle die Wahlfreiheit einschränkenden Bestimmungen mit Rücksicht auf die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten schleunigst aufgehoben werden.

### Die preußische Krise.

#### Die Entscheidung wieder vertagt.

Berlin, 18. März. Die Lage in Preußen ist nach wie vor ungeklärt. Die Absehung der Punkte eins und zwei von der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Landtags mit den Stimmen aller Parteien und der Sozialdemokraten, also der sogenannten Volksgemeinschaft wird in parlamentarischen Kreisen ziemlich allgemein dahin beurteilt, daß man vor einer Entscheidung in Preußen stehe. Schon seit den Verhandlungen heute vormittag spricht man viel von einem reinem Beamtenkabinet. Im Laufe des Nachmittags ist in den Wandelgängen des preußischen Landtages u. a. davon gesprochen worden, daß auch Teile des Zentrums es für richtiger halten würden, wenn Marx seinen Auftrag zur Neubildung des preußischen Kabinetts in die Hände des Landtags zurücklegen würde, damit er sich voll seiner Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl widmen könne und seine Arbeitskraft nicht mit der Neubildung des Preußenkabinetts belasten müßte. Ob im Falle einer solchen Entscheidung des früheren Reichszanlers Marx der Landtag alsbald zur Neuwahl schreiten wird, läßt sich heute noch nicht beurteilen.

### Entgegennahme der Regierungserklärung auf Donnerstag vertagt.

Berlin, 18. März. Die neue Sitzung des Preußischen Landtages wurde um 5 Uhr 15 Minuten eröffnet. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die Entgegennahme der Regierungserklärung und Fortsetzung der zweiten Beratung über die Hinschiebung der Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen von der Tagesordnung abzusehen, unter der Voraussetzung, daß sie am Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt werden, wurde nach lebhafter Debatte angenommen.

### Noch kein Beschluß des Zentrums.

Berlin, 19. März. Im preußischen Landtag berieten am Mittwoch abend die Vorstände der Reichstags- und Landtagsfraktionen des Zentrums über die Regierungsbildung und nahmen den Bericht des Ministerpräsidenten Marx entgegen. Entscheidende Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Beratungen sollen am Donnerstag fortgesetzt werden.

# Deutschland und der Völkerbund.

## Reichskabinet u. Völkerbundnote.

Berlin, 18. März. Die Note des Völkerbundesrates auf das deutsche Memorandum bildet, wie der Sozialanzeiger erfährt, gegenwärtig noch den Gegenstand von Respektübertragungen innerhalb des Auswärtigen Amtes. Nach der Auffassung maßgebender Kreise ist entgegen anderslautenden Nachrichten durch diese Antwortnote die Situation noch nicht in dem Maße geklärt, daß bereits eine offizielle deutsche Stellungnahme dazu erfolgen könnte. Vielmehr ist man in Berlin davon unterrichtet, daß innerhalb der alliierten Regierungen weitere Beratungen sowohl über diesen Gegenstand als auch über die Sicherheitsfrage im Gange sind und man erwartet infolgedessen in Berlin eine genaue Stellungnahme der Entente-Kabinette zu den bekannten deutschen Anregungen. Es sind zunächst Besprechungen zwischen dem Kabinet und den Führern der Regierungsparteien in dieser Angelegenheit geplant.

Eine Münchner Zeitung veröffentlicht einen Sonderbericht eines bayerischen Vertrauensmannes in Berlin, wonach das

Reichskabinet den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bereits beschlossen habe, ohne das Parlament, den Auswärtigen Ausschuß und die Länder zu befragen. Hierzu wird der Telegraphen-Union von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß das Reichskabinet einen derartigen Beschluß noch keineswegs gefaßt hat, daß es sich überhaupt erst in der Sitzung, die mit Rücksicht auf die Verhandlung des Stats des Auswärtigen Amtes im Reichstag eigentlich für den heutigen Mittwoch in Aussicht genommen war, deren Termin aber im Augenblick noch nicht feststeht, mit dem aus der Antwort des Generalsekretärs des Völkerbundes zusammenhängenden Problem befassen.

## Um die deutsch. Sicherheitsvorschläge

Paris, 18. März. Die Stimmung ist sichtlich zu Gunsten einer gerechten Prüfung der deutschen Sicherheitsvorschläge umgeschlagen. „Temps“ und „Journal des Debats“ befüworten heute eine ernsthafte Prüfung der deutschen Vorschläge, „wenn auch damit dem Auslande nur der Beweis des guten Willens Frankreichs erbracht werde“. Der Grund für das schwindende Mißtrauen der französischen Öffentlichkeit den deutschen Anre-

## Tages-Spiegel.

Der Reichspräsidentenwahlkandidat des Reichsblocks hat gestern in der Philharmonie in Berlin eine große Kandidatenrede gehalten.

In der gestrigen Reichstagsitzung wurde mit einfacher Mehrheit die Verlängerung des Besoldungsgesetzes bis 1. April 1926 angenommen.

Der diplomatische Beraterkammer bezeichnet Chamberlains Pariser Unterredung mit Herriot als ergebnislos.

Von amtlicher tschechischer Seite wird der in der Presse veröffentlichte Sicherheitsplan des tschechischen Außenministers Benesch dementiert.

Aus Tokio wird ein Großfeuer gemeldet, dem über 3000 Häuser zum Opfer fielen. 20 600 Menschen sind obdachlos.

Auf einem Bergwerk in Westvirginia fand eine heftige Explosion statt. Bisher sind 30 Tote gemeldet worden.

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der deutschen und der belgischen Handelsvertragsdelegation sind gestern zum Abschluß gekommen.

Angen gegenüber liegt offenbar darin, daß der vorbehaltlose Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, von dem die Verbündeten den Abschluß eines Garantiepaktes abhängig machen, erst jetzt in seiner vollen Tragweite als erneute Bestätigung des Versailleser Vertrages richtig begriffen wird. Zu Deutschlands Einwendungen gegen Artikel 19 des Völkerbundsstatutes betont die Abendpresse, daß eine Nachprüfung der Optionen der einmütigen Zustimmung sämtlicher Völkerbundsstaaten bedarf. Ueber den Dr. Benesch zugeschriebenen Plan eines Zusammenschlusses der Oststaaten zu einer besonderen Mächtegruppe bewahren die Regierungskreise strengstes Stillschweigen. Das Vorhandensein des Planes wird aber nicht bestritten. Der „Intransigent“ nennt den Plan ein ungeheuerliches Unternehmen, dem Dr. Benesch nicht gewachsen sei. Spanien würde dem Bund der Westmächte beitreten, während Italien noch zwischen der Ost- und der Westgruppe schwankt. Nach Erzielung eines grundsätzlichen Einvernehmens auf diplomatischem Wege soll Deutschland zu den Besprechungen hinzugezogen werden. Ein Teil der Presse ist der Ansicht, daß die Alliierten sich durch die dringende Mahnung an Deutschland, sobald wie möglich dem Völkerbund beizutreten, nur geschadet haben.

### Chamberlain für den Garantiepakt.

London, 19. März. Chamberlain hat heute zum ersten Mal nach seiner Rückkehr an der Unterhausitzung teilgenommen. Auf die Frage, ob er gewillt sei, mit der französischen Regierung über eine geeignete Grundlage für die gemeinsame Unterstützung des Genfer Protokolls zu verhandeln, entgegnete Chamberlain, daß die Einwendungen der britischen Regierung derzeit grundsätzlich seien, daß sie in dem Protokoll keineswegs eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen erblicken könne. Es sei eher anzunehmen, daß die Regierung sich ganz der Sicherheitsfrage zuwenden werde und er das auch in seiner Erklärung in Genf ausgedrückt habe.

### Die Aufwertungsfrage.

Vor dem Abschluß der Regierungsverhandlungen. Berlin, 19. März. Die „Völkische Zeitung“ hört, daß die Besprechungen der Reichsregierung, welche mit den Parteien auf Grund eines vom Reichsjustizministerium ausgearbeiteten Gesekentwurfs zur Regelung der Aufwertungsfrage geführt werden soweit gediehen seien, daß mit dem Abschluß der Verhandlungen vielleicht schon für heute gerechnet werden könne. Zu der Frage der Hypothekenaufwertung scheine, wie das Blatt wissen will, eine Einigung auf Erhöhung der Aufwertungsquote von 15 Prozent auf 25 Prozent bereits erreicht, während der Regelung der Anleiheaufwertung noch größere Schwierigkeiten entgegenstünden.

### Der Streik der Eisenbahner.

#### Keine Erhöhung der Personentarife.

Berlin, 18. März. Wie die Tel.-Union erfährt, hat die Reichsbahnaktiengesellschaft im Zusammenhang mit dem gestrigen Schiedsspruch Vorschläge ausgearbeitet, die einen Ausgleich der durch die Forderungen der Reichsbahnarbeiter entstehenden Mehrausgaben vorzulegen. Dabei ist, wie ausdrücklich betont wird, keineswegs an eine automatische Erhöhung der Personentarife um 10 Proz. gedacht. Man wird zunächst versuchen, einen Ausgleich durch eine Reihe innerer und lokaler Einzelmaßnahmen zu schaffen, um eine, wenn geringe prozentuale Erhöhung der Tarife zu vermeiden. Das Kabinet wird sich sehr bald mit den Vorschlägen der Reichsbahn beschäftigen.

#### Nachverhandlungen über den Eisenbahnschiedsspruch.

Berlin, 18. März. Ueber die Lage im Streik der Reichsbahnarbeiter erfährt die Telegraphen-Union: Die Zahl der Streikenden ist um weitere 45 zurückgegangen. Davon entfallen 33 auf Berlin. Es streiken am Mittwoch noch 10 316 Arbeiter, das heißt 2,4 Prozent des gesamten Bestandes. Im Reichsarbeitsministerium finden heute nachmittags Nachverhandlungen über den Schiedsspruch statt.

## Verhinderung und wieder Verhinderung.

Keine Hoffnung auf baldige Regelung der Sicherheitsfrage. — Ueber Militärkontrolle und Kölner Frage keine Einigung zwischen Chamberlain und Herriot. — Verhinderung der Kölner Frage. — Chamberlain gegen die Veröffentlichung des Kontrollberichts. — Die Brüsseler interalliierte Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt. — Die Projekte des vielgeschätzten Herrn Dr. Benech. — Beschlüsse in Vöhrer-Einstimmung mit der Tschechoslowakei und Italien. — Weitere Hinausschiebung der Preußenfrage. — Die Reichspräsidentenwahlkampagne. — Allgemeine Hoffnungslosigkeit in Bezug auf den Erfolg des ersten Wahlganges.

Berlin, 18. März. Es wird schon jetzt deutlich sichtbar, daß mit einer raschen Erledigung der Frage des Sicherheitspaktes nicht zu rechnen ist. In Paris erwartet man, daß der ganze Sommer darüber hingehen wird, und wir haben Anlaß zu der Vermutung, daß das den Herren am Quai d'Orsay nicht unerwünscht ist. Man sagt offiziell, daß vermutlich der Vöhrerbund zusammenzutreten wird, ehe die Frage des Sicherheitspaktes geregelt werden kann. Die äußere Begründung dafür ist bekanntlich, daß vorher Deutschland nicht in den Vöhrerbund eintritt, der Eintritt aber selbst Voraussetzung für alles weitere ist. Dieser Zusammenhang muß klargestellt werden, weil ohne ihn das Verständnis der weiteren Entwicklung nicht gut denkbar ist. Dabei scheiden wir zunächst einmal die übrigen Fragen aus, sowohl die der Militärkontrolle, die vermutlich auch noch nicht spruchreif ist, und die der Kölner Zone, über die nach englischen Meldungen kein Einverständnis zwischen Herriot und Chamberlain erzielt werden konnte. Diese beiden Fragen gehören zusammen. Denn die Abrüstung Deutschlands ist eben Bedingung, auch nach englischer Auffassung, für die Räumung Kölns. Wir müssen aber dagegen Einspruch erheben, daß auch die Sicherheitsfrage in irgendein Verhältnis zu diesen beiden gesonderten gebracht wird, während man deutscherseits zugibt, daß Köln und Militärkontrolle in einen Topf gemorfen werden müssen.

Wir haben schon wiederholt die Mutmaßung ausgesprochen, daß man sich in Paris bemüht, die ganze Kölner Frage solange zu verstopfen, bis im August abkommensgemäß die Räumung des Ruhrgebiets vorgenommen werden wird und dann die Franzosen auch kein Interesse mehr daran haben, die Engländer in Köln festzuhalten. Daß das als eine grobe Vertragsverletzung bezeichnet werden kann, unterliegt keinem Zweifel. Und dabei müssen wir auch das Verhalten Englands mißbilligen. Auch in Paris hat Chamberlain den „Daily News“ zufolge, und diesmal endgültig, gegen die Veröffentlichung des Militärkontrollberichts Stellung genommen. Was dazu zu sagen war, haben wir an dieser Stelle wiederholt dargelegt. Besonders wichtig für uns ist die weitere Mitteilung des gleichen liberalen Blattes, daß die interalliierte Konferenz, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigen sollte, auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist. Das weist in die gleiche Richtung. Weniger stark berührt werden wir von der dritten Feststellung, daß die Entente erst untereinander zu einer Verständigung gelangen will, ehe sie sich mit uns über den Sicherheitspakt unterhält.

Der Sicherheitspakt eilt uns sicher nicht, zumal die Erörterung immer vorwärtiger wird. Dr. Benech, der in Paris sich auf den Boden der deutschen Vorschläge gestellt hat, ist darüber hinausgegangen und hat mit seiner Vielgeschäftigkeit zwei Projekte vorgelegt, die sehr interessant, aber auch sehr gefährlich sind. Er will einen Westpakt, der offenbar Deutschland, Frankreich, England, Italien und Belgien, mutmaßlich auch Holland, umschließen soll, und einen zweiten, der den Osten umfaßt, also Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Oesterreich. Es wird nirgends klar ausgesprochen, ob Deutschland auch in diesen zweiten einbezogen werden soll; aber logisch wäre es im Sinne der Urheber. Denn darauf geht es ja hinaus, Deutschland soll den Bestand Polens mitverbürgen, obwohl dieses Polen nicht zuletzt auf Deutschlands Kosten entstanden und einer der unpopulärsten und unruhigsten Nachbarn ist, die es überhaupt gibt. Wir würden über das Projekt des Herrn Dr. Benech zur Tagesordnung übergehen, obwohl es in Paris ziemlich beifällige Aufnahme gefunden hat, wenn wir nicht auf dem Wege über Brüssel erfahren würden, daß die Dinge weiter gediehen sind. Der belgische Außenminister Hymans hat nach seiner Ankunft in Brüssel erklärt, auch er sei wie Chamberlain für regionale Defensivverträge und befinde sich dabei in Uebereinstimmung mit der Tschechoslowakei und mit Italien. Es müßten zwei Abkommen für Ost- und Westeuropa geschlossen werden, die sich ergänzen. Auch er sprach darüber, daß die deutschen Vorschläge ernster Beachtung würdig seien; Deutschland aber müßte in den Vöhrerbund bedingungslos eintreten. Wir sehen jetzt also die Lage ziemlich klar vor uns. Benech hat offenbar bereits in Genf seine ersten Einflüsterungsversuche unternommen. Gegen den Westpakt haben wir nie etwas gehabt, obwohl uns der Verzicht der Regierung auf Elsaß-Lothringen bitter genug ankommt. Aber auch im Osten zu verzichten, ist mehr, als man uns zumuten darf.

In der inneren Politik wird die Lage beherrscht durch die preussische Krise. Marr war mit der Kabinettsbildung fast fertig, als ihm gestern die Deutschnationalen, die Volkspartei und die Wirtschaftspartei erklären ließen, sie müßten ihn persönlich ablehnen, da er Präsidentschaftskandidat sei. Die Krise ist also wieder hinausgeschleppt worden, ohne daß sich ein Weg zur Lösung zeigt. Die Reichspräsidentenwahlkampagne hat voll eingesetzt, da Dr. Hellbach im Süden an verschiedenen Stellen gesprochen hat, während Dr. Jarres heute in Berlin das Wort ergreift. An ein Ergebnis des ersten Wahlganges glaubt niemand mehr, da die Zerstückelung so groß ist, daß an eine Mehrheitsbildung gar nicht gedacht werden kann. Selbstverständlicher findet sich diese Feststellung in fast allen Blättern, während kaum eines darüber spricht, was für den zweiten Gang geschehen soll. Insofern man nimmt man vielfach in Parlamentskreisen an, daß an eine Ueberbrückung der Gegensätze von niemand mehr ernstlich gedacht wird.

## Zur Präsidenten-Wahl.

### Das Verfahren bei der Wahl des Reichspräsidenten.

(S. 17.) Stuttgart, 17. März. Nach der bisherigen Fassung des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 6. März 1924 hatten die Parteien und Wählergruppen völlige Freiheit

in der Aufstellung von Anwärtern, sofern diese die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen und das 35. Lebensjahr vollendet haben. Demgemäß war auch die Herstellung und Verendung der Stimmzettel ausschließlich Sache der Parteien und Wählergruppen. In beiderlei Hinsicht ist durch das „Zweite Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten“ vom 13. März 1925 eine Aenderung eingetreten.

Danach sind für die Wahl des Reichspräsidenten — ähnlich wie bei der Reichstagswahl — von den Parteien oder Wählergruppen Wahlvorschläge einzureichen und zwar spätestens am zehnten Tage vor der Wahl, also spätestens am Donnerstag, dem 19. März, beim Reichswahlleiter in Berlin. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 20 000 Wählern unterzeichnet sein. Anstelle von 20 000 Wählern genügen 20, wenn der Wahlvorschlag von Gruppen ausgeht, die bei der letzten Reichstagswahl einen Reichswahlvorschlag eingereicht hatten, und wenn auf die Kreiswahlvorschläge, die dem Reichswahlvorschlag angeschlossen waren, zusammen mindestens 500 000 Stimmen abgegeben worden waren; das gleiche gilt, wenn Wahlvorschläge, die beim ersten Wahlgang zugelassen waren, im zweiten Wahlgang wiederholt werden. Ueber die Zulassung der Wahlvorschläge entscheidet der Reichswahlleiter.

Die Stimmzettel für die Wahl des Reichspräsidenten werden nunmehr — ebenso wie bei der Reichstagswahl — amtlich hergestellt und von der Landesregierung den Gemeindebehörden übergeben. Der Stimmzettel hat — wie bei der Reichstagswahl — die Form des Einheitsstimmzettels; er enthält demnach alle vom Reichswahlleiter zugelassenen Wahlvorschläge mit Vor- und Zuname, Stand und Beruf und Wohnort der Anwärter. Hinter dem letzten zugelassenen Wahlvorschlag befindet sich ein leeres Feld zur Eintragung eines beliebigen Anwerter. Der Stimmzettel ist nämlich bei der Wahl zum Reichspräsidenten — anders als bei der Reichstagswahl — an die auf dem amtlichen Stimmzettel stehenden Anwärter nicht gebunden. Er kann vielmehr seine Stimme einer anderen Person geben, die natürlich genau zu bezeichnen ist. Es wäre zu wünschen, daß von dieser Freiheit kein unvernünftiger Gebrauch gemacht wird.

Demgemäß geht die Stimmabgabe in folgender Weise vor sich: Will der Wähler seine Stimme für einen vorgeschlagenen, auf dem amtlichen Stimmzettel stehenden Anwärter abgeben, so setzt er in den rechts neben dem Namen des Anwerter stehenden Kreis ein Kreuz; er kann den Namen des von ihm gewählten Anwerter auch unterstreichen oder in sonstiger Weise kennzeichnen (z. B. mittels Durchstreichens aller anderen Namen). Will der Wähler seine Stimme keinem der vorgeschlagenen Anwerter, sondern einem nicht auf dem amtlichen Stimmzettel stehenden Anwerter geben, so schreibt er dessen Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort in das leere Feld am unteren Rande des amtlichen Stimmzettels. Die weitere Behandlung des Stimmzettels ist die gleiche wie bei der Reichstagswahl: Der Wähler legt den in der angegebenen Weise gekennzeichneten Stimmzettel in den amtlichen Wahlumschlag, den er — zusammen mit dem Stimmzettel — beim Betreten des Abstimmungsraums erhalten hat; hernach tritt er an den Vorstandsplatz, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt den Umschlag mit dem Stimmzettel dem dem Abstimmungsleiter, der ihn ungeöffnet sofort in die Wahlurne legt.

Wie bei der Reichstagswahl, so sind auch bei der Wahl des Reichspräsidenten nur amtliche Stimmzettel zulässig. Den Parteien und Wählergruppen ist nicht gestattet, den amtlichen Stimmzettel nachzudrucken, um ihn mit einer entsprechenden Eintragung an die Stimmberechtigten zu versenden oder zu verteilen. Die amtlichen Stimmzettel dürfen auch nicht an die Parteileitungen oder Ausschüsse von Wählervereinigungen abgegeben werden, damit sie außerhalb des Abstimmungsraums paratmäßig hergerichtet werden können. Nichtamtliche Stimmzettel oder parteinähig hergerichtete Stimmzettel sind unzulässig.

### Die Wahlvorbereitungen in Württemberg.

(S. 17.) Stuttgart, 17. März. Eine aus allen Bevölkerungsklassen und aus allen Landesteilen Württembergs außerordentlich stark besuchte Versammlung fand einseitlich den Beschluß, sich dem großen, über das ganze Reich verbreiteten und immer mehr an kraftvoller Breite gewinnenden Reichsblock anzuschließen und den Reichsblock auch für Württemberg zu konstituieren. Die Konstituierung des Reichsblocks in Württemberg, an dessen Spitze auf einstimmigen Beschluß der überparteilichen Versammlung Landespräsident Mayer und als zweiter Vorsitzender Kommerzienrat Cornelius Kaufmann, Präsident der Handelskammer Stuttgart, gestellt wurden, wurde auf das lebhafteste und freudigste begrüßt, umsomehr als die Kandidatur Jarres die einzige überparteiliche Kandidatur ist und dadurch die Gewähr für Sammlung aller nationalen Kräfte bietet. — Wie der Reichsblock in Württemberg mittelst, wird Reichsminister a. D. Jarres am Mittwoch, 25. März, in Stuttgart sprechen.

## Kleine politische Nachrichten.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. März. Der Reichstag wies zu Beginn und im Laufe der Sitzung verschiedene Verträge der Kommunisten, die Vorgänge in Halle zur Sprache zu bringen, zurück, erledigte hierauf eine Reihe kleiner Vorlagen, wobei das Gesetz über die Zukunftsicherung der Renten in der Angelegenheit der Versicherung einmütig angenommen wurde, und beschloß dann die allgemeine Aussprache zum Reichsjulizetat. Abg. Brodau (Dem.) wandte sich gegen das Hineintragen der Politik in die Justiz und kritisierte dabei das Magdeburger Urteil. Abg. Dr. Pfeleger (B. V.) bezeichnete die Emingerische Justizreform als notwendig und wünschte eine klare Gestaltung unleser Rechts. Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) polemisierte im wesentlichen gegen Severing und gegen das Hülfer-Versammlungsverbot der bayerischen Regierung, die er als pazifistisch verurteilt bezeichnete. Abg. Volmann (D.-Nat.) lehnte die Beseitigung der Strafen für die Abtreibung entschieden ab und begrüßte die Neuordnung der Strafprozessordnung, sowie das Zusammenarbeiten mit Oesterreich bei der Ausarbeitung des neuen Strafgesetzes.

Gehaltsverhandlungen für die Angestellten der Industrie. Der Afabund und G. D. A. teilen mit: Mit den Wirt. Arbeitgeberverbänden wurde vereinbart, daß die Gehälter der Angestellten ab 1. März um 10 Prozent erhöht werden, wobei für einzelne Gruppen Abundungen nach oben vorgenommen sind. Die Vereinbarung ist mit einer Inzuberhöhung bis zum 30. September fest abgeschlossen.

Die vierteljährliche Gehaltszahlung an die Beamten. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde eine Entschließung angenommen, daß die vierteljährliche Gehaltszahlung der Beamten zum 1. Oktober wieder eingeführt werden soll. Der Ausschuß beschloß sich dann mit dem Gesetzentwurf zur Regelung des Besoldungsgesetzes bis zum 1. April 1926.

## Bunte Chronik.

Saaz. (Ein Städtebundtheater für Deutschböhmen.) In einer gemeinsamen Beratung einer Tagung des Verbandes der deutschen Theaterhalter und der Vertreter der Städte Saaz, Brüx und Komotau wurde beschlossen, die Schaffung eines Städtebundtheaters für Deutschböhmen anzustreben und den Plan sobald als möglich zu verwirklichen.

Budweis. (Ein Opfer tschechischer Nationalhasses.) Der deutsche Bahnwächter Karl Král wurde von seinem bisherigen deutschen Dienort Suchental nach der tschechischen Stadt Bisek versetzt. Seine Kinder, die natürlich in die tschechische Schule gehen müssen, da es eine deutsche dort nicht gibt, werden von ihren tschechischen Mitschülern aus Nationalhaß dauernd verfolgt. Man wurde einer der Knaben des Bahnwächters von einem tschechischen Schulkollegen überfallen, wobei ihm von dem Angreifer ein Federhalter so tief in das Auge gestochen wurde, daß der Tod des verletzten Knaben alsbald eintrat.

Ludon. Ein Testament von Ratten verliert. Vestin fand in Besitz eine Gerichtsverhandlung statt, die in der Stadt viel Aufsehen erregte. Die Waisen einer Frau Ferguson, die vor zwei Jahren gestorben war, machten ihre Ansprüche an das von ihr hinterlassene Vermögen geltend. Der Sohn der Frau Ferguson, der inzwischen die Verwaltung der Güter seiner Mutter übernommen hatte, behauptete, daß ein Testament, welches ihn zum alleinigen Erben bestimmt habe, bestanden müsse. Das Testament blieb unauffindbar. Endlich, nach vielem Suchen in dem alten Haus, das Frau Ferguson bewohnt hatte, fand man in einem Schrank Reste eines von Ratten angegriffenen Schriftstücks, das vom Gericht nach längeren Verhandlungen und Vergleich, als das vermählte Testament erkannt wurde.

Newark. Eine schwer zugängliche Schule. Hoch im Norden der Halbinsel Labrador im kleinen Orte Mattovik haben zwei englische Lehrerinnen eine Schule gegründet. Dieser Ort befindet sich in einem Landstrich, wo auf Hunderte von Meilen nur einzelne Eskimofamilien anzutreffen sind und im Winter in 60 Grad Kälte herrschen. Da man in Labrador im Winter nur mit Hundeschritten vorwärts kommen kann, wäre es den Kindern der Eskimo- und der englischen, weißen Ansiedler im Lande nicht möglich, die Schule zu besuchen. Dem wird auf folgende Weise abgeholfen. Alljährlich im Sommer fährt ein Missionsdampfer an der Küste entlang und sammelt alle schulpflichtigen Kinder, die nach Mattovik in die Schule gebracht werden, wo sie den langen Polarwinter bleiben und gut verpflegt werden. Mit Büchern, Klavier und Grammatik für die Unterhaltung gezeugt, so daß sich die Kinder in der Schule sehr glücklich fühlen.

Das neue Reichs-Kassengebiet. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet folgenden bezugnehmenden Bericht aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten: Als vor ein paar Tagen eine Bäuerin nach Dubowitz im Staate Kentucky zum Markte kam, begegnete ihr auf dem Bahnhof ein Bekannter, der sie fragte, was sie denn in dem schweren Sack über der Schulter trage. „Na“, meinte sie geheimnisvoll, „das möchte ich wohl gern wissen! Ich will Euch anvertrauen: was da drin ist, das brauche ich für die Herren Schulmeister hier am Ort. Ein Gamsbraten ist das beste Schweinefleisch.“ „Nun“, meinte der andere, „ich würde so was doch lieber nicht kauen.“ „Warum denn nicht“, erwiderte sie übermütig, und mit erhabener Stimme forschend: „Sie können jeden Schulmann hier bei sich nehmen und ihm was in die Hand drücken; dann hört er Euch nicht mehr.“ Ein Wachsmaier stand in der Ecke, als diese Unterhaltung geführt wurde, und ein halbes Stündchen danach fand sich die Bäuerin mit ihrem biden Sack vor Gericht zitiert. Die Prozedur war nicht einfach. Der Richter holte ein Gefäß aus der Schublade, das wenige Monate zuvor für den Staat Kentucky erlassen worden war und vorfand, daß es leer, der unheimliche, für den, auf den sie sich bezogen, schädliche Behauptungen weitertrug und Gerüchte verbreitete, für den er den Wahrheitsbeweis nicht anzutreten vermöge, zu einer Geldstrafe von 10 bis 100 Dollars oder einer Gefängnisstrafe von 10 bis 50 Tagen zu verurteilen sei. Die Bäuerin konnte keine Beweise beibringen, und der Richter statuierte ein Exemplar, indem er eine Geldstrafe von 10 Dollars verhängte. „Wir werden radikal aufräumen mit den männlichen und weiblichen Kassengebiet in unserem Staat“, erklärte er nachher. „Unser Anti-Kassengebiet wird manche böse Zunge im Zaume halten.“ Nachahmung empfohlen.

Rio de Janeiro. Die Schöne mit dem Revolver. Der hiesigen Polizei sind in einer einzigen Nacht vier gleichlautende Anzeigen erstattet worden. Die Fälle sind wirklich eigenartig, „schick“, wie man zu sagen pflegt. Ein kleines, sehr elegantes Sportautomobil hält neben einem einsamen Spaziergänger, der, mit dem Hut in der Hand, sich Kühlung zueigelt. Der Mann sieht den Wagen an. Darin sieht eine sehr elegante junge Dame, noch schöner als elegant. Sie lächelt ihm entgegen. Er denkt: Das ist so ein Durchbrenner, der über die Stränge der guten Sitten schlagen möchte. Und solche Durchbrenner sind immer interessant. Die Schönheit beginnt zu sprechen. Der Mann geht eifrig auf das Gespräch ein. Er tritt an den Wagen heran und glaubt an eine Einladung zur Mitfahrt. Sie winkt ihm ganz nahe an sich heran. Sie werde ihm etwas Interessantes zeigen. Er ist ganz Auge, ganz Ohr. Was sie da zeigt, ist eine sehr große und sehr kostbare Brieftasche. „Legen Sie Ihr Geld da hinein!“ befiehlt die Schöne, in deren zarter Hand er einen Colt-Revolver, Kaliber 32, erblickt. „Legen Sie nur Ihr Geld hinein. Ihre Schmucksachen können Sie selber behalten. Die stehen Ihnen gut. Und entschuldigen Sie übrigens! Die Zeiten sind heute so, daß man tollkühn sein muß. Ich bin es.“ Der Mann steckt sein Geld in ihre Brieftasche. Dann faßt sie ihn um den Hals, zieht ihn an sich und drückt ihm einen Kuß auf die Lippen. Dann hört er: rrrr! Das Auto faßt davon. . . An einem einzigen Abend hat die junge Schöne auf diese Weise vier Männer überfallen. Einen in Mar, einen vor dem Luna-Rovo, den dritten in der Avenida Atlantica und den vierten an der Praia Russel. Das alles zwischen zehn und elf Uhr. Die ganze Beute betrug nach den Angaben der Geplünderten 1500 Milreis. Man fragt sich: Hat denn keiner der vier ausgeplünderten Männer (es gibt vielleicht noch andere) daran gedacht, die zarte Hand mit dem unartigen Revolver festzuhalten? Das wäre doch möglich gewesen. Die junge Dame hat itz Pappenheimer gekannt und sie richtig eingeschätzt. Und darum ist der Fall interessant.

## Calw. Stimmschein für die Wahl des Reichspräsidenten.

Anträge auf Ausstellung von Stimm Scheinen werden auf dem Rathaus (Zimmer Nr. 1) bis Samstag, den 28. März 1925, mittags 12 Uhr entgegen genommen.

Stimm Scheine werden auf Antrag ausgestellt in der Hauptsache solchen Stimmberechtigten, die nach Ablauf der Einspruchsfrist wegziehen, die am Wahltag sich aus dringenden Gründen auswärts aufhalten, die nachweislich ohne ihr Verschulden die Einspruchsfrist verjährt haben, die infolge körperlicher Gebrechen einen günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufsuchen müssen.

Calw, den 19. März 1925.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

## Calw. Aufforderung zur Entrichtung der Gemeindesteuern.

An die alsbaldige Entrichtung der zur Zahlung fälligen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer wird erinnert. Wegen die weiterhin Säumnigen müssen Zwangsmaßnahmen eingeleitet werden.

Den 18. März 1925.

Stadtpflege.

## Gemeinde Simmozheim

Bahnstation Weiberstadt und Althengstett.



## Nadelstammholzverkauf.

Aus dem Gemeinde- und Gerechtigkeitswald kommen im schriftlichen Auftrieb zum Verkauf: 211 Fichten, 58 Tannen, 49 Forchen mit Festmeter:

### Langholz:

72,41 I., 137,03 II., 109,30 III., 27,10 IV., 5,99 V. Klasse.

### Sägholz:

7,40 I., 8,84 II., 3,34 III. Klasse.

Dem Verkauf sind die Landesgrundpreise für Staatswaldungen vom 1. Oktober 1923 und die Bedingungen des Waldbesitzerverbands zu Grunde gelegt.

Bedingungslose schriftliche Angebote in Prozenten wollen, verschlossen bis 25. März 1925, nachmittags 2 Uhr, eingereicht werden.

Auszüge erteilen die Waldmeister Marquardt und Maier.

Simmozheim, den 17. März 1925.

Gemeinderat: Vorf. Fischer.

## Unterhaugstett.

Die Gemeinde verkauft am Samstag, den 21. März 1925 ihr

## Langholz

und zwar:

15,23 Festmeter II. Kl., 29,67 Festmeter V. Kl.,  
34,35 " III. Kl., 0,18 " VI. Kl.,  
46,90 " IV. Kl., 6,12 " Sägholz,

sowie 7,70 Festmeter Pappelholz.

Angebote in Prozenten der Forstpreise wollen bis Nachmittags 4 Uhr eingereicht sein.

Den 16. März 1925.

Der Gemeinderat.



Täglich eintreffend größere Partien

frische  
Süß-  
bäcklinge

Pfd. 26 Pfg.  
5 Pfund-Kistchen  
1.25



## Eine starke Schrot- od. Back- Mehlmühle

verkauft. Wer, sagt die Geschäftsjahres ds. Bl.

Ein 1/2-jähriges

## Rind

verkauft  
Witwe Schönhardt,  
Oberkollwangen.

Würzbach.

Einen Wurf  
schöne an's  
Fressen ge-  
wöhnt

## Milchschweine

verkauft am Samstag, den  
21. März, nachm. 2 Uhr.  
Michael Pfommer.

## Forstamt Herrenberg. Nadel-Stammholz- Verkauf

Am Freitag, d. 27. März 1925, vorm. 1/2 10 Uhr im Hofen in Herrenberg aus dem Staatswald-Distrikten Lindach (bei Hildrighausen) und Ketterieshaide (bei Ebnungen i. G.) 769 St. mit Fol. Langh.: 163 I., 228 II., 242 III., 60 IV., 24 V. u. 27 VI. Kl. Sägh.: 25 I., 40 II., 10 III. Kl. 234 Fo mit Fol. Langh.: 4 III., 10 IV., 16 V., und 6 VI. Kl. Sägh.: 6 I., 35 II., 33 III. Kl. Losvergabe durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Fort mit der einseitigen, unrentablen Körnerfütterung. „Naquet“ Geflügelbesitzer und Körnerkäufer

bringt den doppelten Eierertrag und viele Winterer. Pfarrer Bauhof, Hemmerde i. W. schreibt am 24. 12.: „Bitte wieder 50 kg reines Naquet zuzufügen, da sich das Futter wieder glänzend bewährt hat. Habe in dies. Monat von 35 Hühnern schon 25 Eier erhalten, heute allein 17, gestern 16, vorerstern 18 Eier. Für den Winter keime ich kein besser. Eierproduktionsmittel als „Naquet“.“ Reform-Hundebäcker der auch von den vorwiegendsten Hunden gefressen wird. Zu haben bei: Otto Jung, Landesprodukte, Calw.



## Zur Konfirmation

## Weißweine:

Silchwein

1/4 Fl. 80 Pfg.

Ebenkoberer

Schwabacher

1/4 Fl. 1.00

Markammerer

Obermoeller

1/4 Fl. 1.20

Mosel

1/4 Fl. 1.60

einließlich Steuer und Fracht

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. in der Hauptstadt Stuttgart

Verkaufsstellen

## Stammheim. Die Stimmlisten

### für die Reichspräsidentenwahl

liegen vom 20. bis einschließlich 23. März, Werktagen von 8-6 Uhr, Sonntags von 10-12 Uhr auf dem Rathaus in Stammheim zu jedermanns Einsicht auf.

Für die Reichspräsidentenwahl zerfällt die Gemeinde in zwei Abstimmungsbezirke:

Abstimmungsbezirk I umfasst die Ortsgemeinde Stammheim mit Deindlerle und Teiggemeinde Hof Dicks (ohne Bahnhofsplatz Rehrundlinge.)

Abstimmungsbezirk II umfasst die Teilgemeinde Waldeck mit Bahnhofsplatz Rehrundlinge.

Abstimmungsraum für Bezirk I ist das Rathaus in Stammheim, für Bezirk II das Nebenzimmer des Gasthofs zur Station Leinach.

Die Wählerliste von Bezirk II kann an den zur Aufstellung bestimmten Tagen auch bei Anwalt M o e r s c h eingesehen werden.

Im übrigen wird auf die Aufschläge am Rathaus in Stammheim und am Anwaltsamt Waldeck hingewiesen.

Den 18. März 1925.

Schultheißenamt: D i r r.

## Reichert.

Täglich  
neue Eingänge!

Rucksäcke  
für Jagd-, Sport-  
u. Geschäftszwecke  
Hosenträger  
in jeder Preislage  
von 60 Pfg. an

Meiner werten Kundschaft teile ich mit, daß ich außer meinem bisherigen Brot, ein

## schmackhaftes Roggenbrot

(Bauernbrot)

herstelle. 1 u. 2 Kilogr. schwer, das Kilogr. zu 45 Pfg.

Hermann Schnürle

Bäckermeister.

Habe ein ge. Tr.

## garantiert reinen Blüten- Schleuderhonig

kristallhell gebleichert, hochfeines Aroma pro Pfund zu Mk. 1.20, bei Abnahme von 1/2 Tr. zu Mk. 1.15 zu verkaufen.

Bei Probebestellungen und kleiner Pfund-Abnahme sind Bläschen einzusenken.

Georg Wolf,  
Jäger und Imker  
Oberjesingen  
bei Herrenberg.

## 3-4000 Mk.

von gutem Sinszahler auf 1 oder 2 Jahre gegen gute Sicherheit

gesucht.

Angebote unter W. 3. an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Lautenbacher-Hof  
Gemeinde Liebersberg.  
Am Samstag, den 21. ds.,  
vormittags 9 Uhr, kommt  
eine junge

## Schlacht- Ruh

zum Verkauf.  
J. A. Braun.

## Essig-Gurken Preiselbeeren Gemüse- u. Früchte- Konserven

frische  
Tafelbutter

frisch gear.  
Kaffee

Flaschenweine  
Ist. Käse

gut sortiert.

Fr. Lamparter.

## Neuwäscherei Phönix

liefert  
Kragen,  
Manschetten und Ober-  
hemden

wie neu  
schnell und pünktlich.

Annahmestelle:  
Geschw. Stanger,  
Obere Marktstraße 23.

## Neu! Wichtig für Hausfrauen. Neu!

Allen Voran zieht

## Franks Reformbeize

farbiges Bodenwachs — gelb — rot — braun  
Naß abwaschbar — nicht abfärbend  
durch das ganze Land!

Kein Abfärben mehr beim Auswaschen des Bodens. Ohne Neuauftrag monatelang haltbar, da jeweils nach dem Auswaschen und Trocknen des Bodens nur wieder mit Bürste der alte Hochglanz erzeugt wird. Eine halbe Doz reicht für ca 30 qm, also doppelt so ausgiebig wie die bekannten im Handel befindlichen gewöhnlichen abfärbenden Beizen. Keine ermüdende Arbeit mehr, der Ausstrich ist Spielerei. Man verleihe ausdrücklich Franks Reformbeize naß abwaschbar, nicht abfärbend und lasse sich keine andere minderwertige abfärbende Beize ausdrängen. Nur Franks Reformbeize hat die angeführten Vorzüge! Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Chemische Fabrik Frank & Schweizer, Juffenhäusen.



ist es, zuzusehen, wie andere Menschen arbeiten. Das ist für mich ein Riesenspaß und strengmühsam. Nur eine Arbeit macht mir Vergnügen: das Putzen meiner Schuhe mit Pilo. Auch Sie werden vergnügt und guter Laune sein, wenn Sie es so machen wie ich.

Empfehle mein gutfortiertes Lager in:

## Hemdenflanell

von 80 Pfennig bis Mk. 1.80

Beizeug, Damast, Beirbarchent, Unterrockstoffe, Schürzenstoffe, Kleiderstoffe, Kleiderzeugle, Hosenzeug, Manchester, Anzugstoffe, fertige Hosen, Lederschuhen, Strickjacken, Einjahhemden, Weiß- u. Wollwaren.

Vom 16.—21. März gebe ich auf obengenannte Waren einen Extra-Rabatt von 10 Proz.

M. Hamman,  
Oberkollwangen.

Empfehle meine preiswerten

## Sonthheimer Schuhwaren

aller Art  
sowie

## Sandalen und Hausschuhe

in allen Preislagen.  
Hans Mast, Schuhgeschäft  
Neubulach.

## A. Oelschläger'sche Buchdruckerei Calw



Anfertigung von Werken,  
Zeitschriften, Prospekten  
aller Art, Katalogen usw.

# Württ. Kriegerbund.

Infolge der Vorverlegung der Konfirmation wird vor  
Ostern nur an folgenden Tagen

## geschossen:

Samstag, den 21. und 28. März  
ab 1 Uhr nachmittags  
Sonntag, den 29. März  
ab 8 Uhr morgens.  
Die Bezirksleitung.

# Methodisten-Gemeinde Calw. Evangelisation

Donnerstag 8 Uhr:  
„Wie man seine Schulden los wird.“  
Freitag 8 Uhr: „Des Lebens Konsequenz.“  
Sonntag 8 Uhr:  
„Die gewisse Heilsbotschaft.“  
Evangelist Robert Möller.  
Jedermann ist herzlich eingeladen.  
Der Gemeindevorstand.

Calw, Unterreichenbach,  
Station Leinach, 18. März 1925.

## Dankagung.



Für die liebevolle Teilnahme beim  
Hinscheiden unserer lieben Mutter,  
Großmutter, Schwiegermutter, Schwest-  
er, Schwägerin und Tante

### Marie Karch

geb. Landskron  
sagen wir herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

LEINENHAUS & WÄSCHEFABRIK  
**S. SIGMANN**  
PFORZHEIM  
ECKE LEOPOLD- u. ZERRENNERSTR.

gegr. 1905

Herstellung vollständiger  
Braut-Ausstattungen  
zweckmäßige Zusammenstellung  
gediegene u. geschmackvolle  
Ausführung  
Verwendung bester-berühmter  
Stoffe  
Angebote auf Wunsch  
in jeder Preislage.

Gesucht werden zum sofortigen Eintritt:  
10 erfahrene ledige Kramper  
sowie 1 Borarbeiter nach auswärts.

Arbeitsamt Calw, Heintl. Arbeitsnachweis  
Bahnhofstraße 826 Fernsprecher 174.

# Zur Konfirmation!

Seht naht das Fest der Konfirmanden,  
Wo Onkels und die lieben Tanten,  
Nach gutem altem Väterbrauch  
Das Patenkind beschenken auch.  
Es gibt ja viele schöne Sachen,  
Die solcher Jugend Freude machen,  
So: Portemonnaies, die niemals leer,  
Wenn man ohn' allzuviel Begehr,  
Beim ersten Kuckucksruf drin rührt,  
Und einen Pfennig stets drin führt.  
Für Sommerjournen: Reisetaschen,  
Rucksäcke, Stöck' und Thermosflaschen.  
Mützen mit und ohne Bändel,  
Regenschirme, Wettermäntel,  
Taschenmesser, Flaschen, Dosen,  
Träger für die neuen Hosen,  
Spangen, Stecker, Reifen, Nadeln,  
Woll'ne Strümpfe für die Wadeln — — —  
Alles, was das Herz begehrt,  
Und manchesmal sogar noch mehr!  
— — — Stellt sich 'mal etwas doppel ein,  
So brauch't's euch drum nicht leid zu sein:  
Stets im Umtausch nimmt's zurück,

Kaufmann **Reichert** an der  
Brück'.

— — — Ihn fördert ja die Poesie,  
Geschäft und Umsatz wie noch nie.  
Wer klare Verse machen kann,  
Der schmiedt die Kundenschaft auch nicht an  
„Das Dichten ist der Seele Spiegel.“  
In's Stammbuch dies dem Dichter Igel,  
Der jüngst ein Schmähdgedicht verfaßt,  
Jedoch den Anschlag hat verpaßt.

# Zurück Augenarzt

**Dr. Giggelberger**  
Leopold-  
straße 1 Pforzheim Fernspr.  
1483

Wir geben auf unsere

# Regenschirme

— reichhaltiges Lager — bis Ende März

10% Rabatt.

Um geist. Besuch bitten

Geschw. Deutsche.

# Gartensamen

alle Sorten in nur gut heimender Ware,  
Angerfen Kohlraben  
Steckzwiebel  
Saatbohnen  
H. R ö h m.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt!

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

# Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Bau einer  
Musikmuschel mit Neben-  
räumen in Bad Liebenzell  
sollen folgende Arbeiten:  
Grab-, Beton-, Maurer-, Steinhauer-, Zimmer-,  
Flächner-, Dachdecker-, Gips-, Schreiner-,  
Glaser-, Schlosser-, Maler-, Beleuchtungs- und  
Installationsarbeiten i. Accord vergeben werden.  
Pläne und Beschriebe sind auf dem Rathaus Lieben-  
zell zur Einsicht angelegt. Angebote sind daselbst bis  
Montag, den 23. ds., abends 6 Uhr abzugeben.  
J. N.: **G. Metzger, Architekt.**

# Pfannkuch & Co Dörrobst

Neue kalifornische  
Pflaumen

Pfd. 36

Pfd. 42

und  
Pfd. 52

Amerikanische  
Dampf-

Äpfel

Pfd. 90

Kalifornisches  
Mischobst

Pfd. 60

und

Pfd. 80

# Pfannkuch & Co

# Eier!

Bestellungen

auf schwere Italiener  
sowie Steiermärker  
und Landeier

nimmt entgegen  
Frau Dorle Bühner-  
Eberhardt, Lederstr.  
100.



Bei „Büffelhaut“  
[kann ich dir sagen]  
Mußt mit bürteln  
[dich nicht plagen]

Zur Haarpflege  
empfiehlt echtes  
Birkenhaarwasser  
Carl Otto Binçon.

# Kaufe Felle

aller Art  
Jakob Eberhardt,  
Badstr. 359 b. Schulhaus.

# Zur Konfirmation

empfehle schöne  
Nelken, Rosen-  
und Margueriten-  
Blumen  
an Gemüse  
Blumenkohl,  
Schwarzwurzel,  
Meer-Kettig, rote  
Rüben, Kopfsalat.  
Philipp Mast  
Gärtnerei.

# Lieb

liche, bildet die  
genbreitende Haut flüchtig  
durch die milde war-  
me, abfolgt reine  
Nr. 250  
Nolorita-Oleife  
Sommerproben  
Sautunreinigkeiten  
Kunsten verichwin-  
den d. d. berühmte  
Nissa-Creme  
Wo nicht erhältlich,  
durch d. Fabrikanten  
F. Enten & Co. in  
Ravensburg, Württ.  
Haarwäsche  
Nolorita  
unübertroffen  
auf  
natürlichen, gelunden  
Haarpflege.

# Kräftig. Lehrjunge

der das Bäckerhandwerk er-  
lernen will wird auf Ostern  
angenommen bei  
Cur. Dichtmann, Bäcker-  
meister, Pforzheim, Kaiser-  
friedrichstr. 26.

# Kukiroloren Sie schon?

Das heißt: Betreiben Sie systematische Fußpflege?  
Hierzu gehören: 1 Packung Kukirolo-Fußbad, 1 Dose  
Kukirolo-Streupuder und 1 Schachtel Kukirolo-Hühner-  
auge-Pflaster.  
Mit diesen drei Präparaten, die zusammen nur 2 Mark  
kosten, können Sie eine richtiggehende Kukirolo-Fußpflege-  
Kur durchführen.  
Ist Ihnen die Gesundheit Ihrer Füße diese Ausgabe  
nicht wert?  
Sie erhalten alle drei zu einer Kur erforderlichen  
Kukirolo-Präparate in jeder Apotheke und wirklichen Fachdrogerie,  
bestimmt aber in den nachstehenden:  
**Ritter-Drogerie Calw.**



als reiner, wohl-  
schmeckender Kaffee-Zusatz  
seit Jahrzehnten bewährt. —  
Millionen trinken ihn je-  
doch ohne Bohnenkaffee!  
— 1 Pfund nur 50 Pf. —

# Roggen-Feinbrot

(Hamburger Art)  
rund u. lang 1 Kilo 46 Pf.

empfehl  
Fr. Prommer, unteres Ledereck.

Daselbe ist ein Dauerbrot, bei kühler Aufbewah-  
rung am 4. Tag noch sehr gut, sollte aber erst  
vom 2. Tag der Herstellung an gelieft werden,  
ist von da an aber sehr bekömmlich. Der Obige.

# Pfannkuch & Co

Zur  
Konfirmation

empfehle schöne  
Nelken, Rosen-  
und Margueriten-  
Blumen

an Gemüse  
Blumenkohl,  
Schwarzwurzel,  
Meer-Kettig, rote  
Rüben, Kopfsalat.

Philipp Mast  
Gärtnerei.

empfehle schöne  
Nelken, Rosen-  
und Margueriten-  
Blumen

an Gemüse  
Blumenkohl,  
Schwarzwurzel,  
Meer-Kettig, rote  
Rüben, Kopfsalat.

Philipp Mast  
Gärtnerei.

empfehle schöne  
Nelken, Rosen-  
und Margueriten-  
Blumen

an Gemüse  
Blumenkohl,  
Schwarzwurzel,  
Meer-Kettig, rote  
Rüben, Kopfsalat.

Philipp Mast  
Gärtnerei.

empfehle schöne  
Nelken, Rosen-  
und Margueriten-  
Blumen

an Gemüse  
Blumenkohl,  
Schwarzwurzel,  
Meer-Kettig, rote  
Rüben, Kopfsalat.

Philipp Mast  
Gärtnerei.

empfehle schöne  
Nelken, Rosen-  
und Margueriten-  
Blumen

an Gemüse  
Blumenkohl,  
Schwarzwurzel,  
Meer-Kettig, rote  
Rüben, Kopfsalat.

Philipp Mast  
Gärtnerei.